



Presse-Statement

Tag der Deutschen Industrie
Dienstag, den 3. November 2015, Berlin

Ulrich Grillo
BDI-Präsident

Es gilt das gesprochene Wort.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Telekontakte
T: 030 2028-1450
F: 030 2028-2450

Internet
www.bdi.eu

ich begrüße Sie herzlich zu unserer Pressekonferenz anlässlich des Tages der Deutschen Industrie. Zunächst zu den wirtschaftlichen Fakten: Die gute Konjunktur bleibt in Deutschland intakt. Die Beschäftigung nimmt weiter zu und erreicht mit 43 Millionen Erwerbstätigen einen neuen Höchststand. Quer durch alle Branchen sehen wir Stellenzuwächse.

Die Zahl der Arbeitslosen sinkt in Europa seit 28 Monaten beständig. Aber die Lage bleibt angespannt. Angesichts von Jugendarbeitslosenquoten, die im Durchschnitt immer noch über 20 Prozent liegen – in Spanien, Griechenland, Kroatien und Italien sogar über 40 Prozent – darf sich wirklich niemand auf dem Erreichten ausruhen.

Unterm Strich zahlt sich der Reformkurs in Europa aus. Und Deutschland profitiert weiter von seiner starken Industrie, deshalb bleiben wir optimistisch: Der BDI erwartet für dieses Jahr für Deutschland weiterhin eine Wachstumsrate von bis zu zwei Prozent, für die EU sind es rund 1,8 Prozent, für den Euroraum rund 1,5 Prozent.

Das ist gut für die deutsche Industrie und ihre Belegschaften. Insgesamt erhält die Exportnation Deutschland ihre wesentlichen Wachstumsimpulse aus den Schwellenländern. Vor allem aus China, Indien und Brasilien. Genau dort aber schwächelt die Konjunktur, seit längerem schon.

Bereits im Sommer erhitzen beunruhigende Nachrichten aus China die Gemüter. Dort blieben die Investitionen aus. Ich habe schon damals gesagt: Keine Panik! Und dabei bleibe ich. Die chinesische Wirtschaft wird die deutsche weiter beflügeln. Auf der jüngsten China-Reise der Bundeskanzlerin konnte ich mich persönlich davon überzeugen.

Optimismus ist in diesen Tagen wichtig. Aber er darf uns nicht blind machen für die Herausforderungen der Globalisierung. Wirtschaftswachstum ist kein Selbstläufer, unser Aufschwung noch nicht nachhaltig genug.

Und vor manchen Entwicklungen können wir die Augen auch gar nicht verschließen. Ich rede von den vielen verzweifelten Menschen, die in diesen Wochen zu Zehntausenden vor Not und Elend nach Deutschland fliehen. Sie treffen hier auf eine enorme Hilfsbereitschaft.

Sie treffen aber auch auf Bürgerinnen und Bürger, bei denen die Entwicklung Angst und Verunsicherung auslöst. Und auf eine Politik, die nun im Schnellkurs lernen muss: wie effizientes Krisenmanagement funktioniert und wie Grundlagen für eine nachhaltige Integration zu schaffen sind. Für all diejenigen, die eine Zukunft in diesem Land haben werden.

Der BDI erwartet von der Bundesregierung größere Geschlossenheit in der Flüchtlingskrise. Mehr Einigkeit ist unabdingbar. Integrationsaufwand ähnelt dem Aufwand für Infrastruktur: Deutschland muss für lange Zeit große Summen aufbringen, die bei Gelingen langfristigen Nutzen bedeuten. Das wird dauern und eine gewaltige Kraftanstrengung.

Zentral ist es, möglichst viele Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Es gibt derzeit rund 600.000 offene Stellen – und dies sind nur die, die ausgeschrieben sind.

Wir in der Industrie wecken keine überzogenen Erwartungen: Weder Sprachkenntnis noch Qualifikation können herbeigewünscht werden. Diese Aufgabe können wir nur gemeinsam lösen: Politik und Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft, in Deutschland – und in Europa. Europäische Solidarität darf nicht nur dann eine Rolle spielen, wenn über die Verteilung von Haushaltsmitteln aus den EU-Strukturfonds gefeilscht wird.

Sie muss erst recht in Zeiten außergewöhnlicher Krisen gelten: keine Ausreden mehr! Alle Länder Europas müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und ihren Beitrag leisten. Es gibt noch immer zu viele Drückeberger im europäischen Haus.

Klar ist aber auch: Es gibt sie nicht, die eine Lösung. Was wir in Deutschland haben, sind unsere Erfahrungen mit der Gastarbeitermigration. Sie müssen uns eine Lektion sein.

Was wir nicht tolerieren, sind Menschenfeinde und Volksverhetzer, die jetzt ihre Stunde gekommen sehen. Die Rechtsextremen, die in Dresden, auf Facebook und vor Flüchtlingsheimen Hass schüren: Sie gehören dringend in den Integrationskurs.

Mehr Weltoffenheit wünsche ich mir auch an anderer Stelle – von den Gegnern und Kritikern des Freihandelsabkommens TTIP. Die intensive öffentliche Auseinandersetzung mit dem Abkommen ist gut und notwendig. Aber sie sollte auf Grundlage der Fakten geführt werden. Konstruktive Kritik wird ernst genommen, und sie wird in den Verhandlungen berücksichtigt. TTIP wird nicht gegen, sondern nur mit dem Willen der Bürgerinnen und Bürger kommen.

Wer nur blockiert, verliert. In Deutschland hängt fast jeder vierte Arbeitsplatz vom Export ab – in der Industrie sogar jeder zweite. Dieses Land braucht offene Märkte. Think global, act local: So wie wir als gute Europäer unsere Herzen für die Flüchtlinge öffnen, so sollten wir auch unsere Ratio für die Chancen des Freihandels offen halten.

Wenn wir nur am Rand stehen und zuschauen, werden andere die Regeln und Standards für den Welthandel von morgen schreiben. Zum Beispiel die USA mit ihren pazifischen Partnern. Der Abschluss von TPP zeigt: Die Welt wartet nicht auf uns. Deshalb müssen wir Europäer die Chance nutzen, die Globalisierung nach unseren Maßstäben zu gestalten.

Auch wir Unternehmer und Manager müssen raus aus der Komfortzone. Nachlässigkeit schwächt, und Fehlverhalten wird hart bestraft. Volkswagen hat mit der bewussten Verzerrung von Abgastests ein absolut inakzeptables Verhalten geduldet und damit der deutschen Industrie insgesamt einen Bärendienst erwiesen. Nicht nur VW, Made in Germany ganz generell hat schwierige Wochen hinter sich.

Transparenz, Klarheit und Tempo sind die richtige Antwort. Ich bin fest davon überzeugt, dass Volkswagen sich unter der neuer Führung der eigenen Verantwortung für den Ruf der deutschen Industrie voll und ganz bewusst ist.

VW wird sicher keine Mühen scheuen, um den erlittenen Vertrauensverlust bei den Kunden und in der Öffentlichkeit durch harte Arbeit und maximale Transparenz wettzumachen. Schadenfreude ist völlig unangebracht – das sage ich ganz bewusst meinen Kollegen aus den Unternehmensführungen. Die Aufarbeitung dieses Falles wird uns allen in der Wirtschaft wichtige Hinweise geben, an welchen Stellen wir in unseren Unternehmen den Umgang miteinander, die Kultur, die Rechtssysteme weiterentwickeln müssen.

Auch der EU stehen weitere unbequeme Diskussionen bevor. Auf der Klimakonferenz in Paris sollte sie ihr ganzes Gewicht in die Verhandlungen werfen und sich für einen globalen Kohlenstoffmarkt einsetzen. Auch die wirtschaftliche Erholung Griechenlands ist noch nicht gesichert.

In welche Richtung soll sich die EU institutionell weiterentwickeln? Wir freuen uns, dass der britische Finanzminister Osborne heute bei uns ist und die Positionen des Vereinigten Königreichs vorstellen wird. Der BDI setzt sich mit Überzeugung und Leidenschaft dafür ein, dass Großbritannien in der EU bleibt. Die Briten sind für uns ein extrem wichtiger Partner in der EU – in mindestens drei zentralen Grundsatzfragen: bei der Vertiefung des europäischen Binnenmarkts, der Erschließung neuer Märkte und beim Einsatz für strukturelle Reformen zugunsten der europäischen Wettbewerbsfähigkeit.

Ein Brexit führt uns alle in die Sackgasse, wir brauchen einander. Die Zukunft von Großbritannien liegt nicht im Vorgarten von Europa, sondern inmitten des europäischen Binnenmarktes mit seinen 500 Millionen Verbrauchern. Der BDI fordert von der neuen britischen Regierung, klar für den Verbleib in der EU einzustehen.

Jetzt geht es darum, die Weichen für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit richtig zu stellen. Das ist die Aufgabe von Politik, und sie beginnt vor der eigenen Haustür – und nicht erst im Ausnahmezustand von Eurorettung und Flüchtlingsströmen. Tut die Bundesregierung alles, was sie kann, um die Stärke unserer Wirtschaft zu erhalten? Wir sind sehr gespannt auf die Ausführungen von Bundeskanzlerin Merkel und Vizekanzler Gabriel.

Die Große Koalition hat bereits die Hälfte ihrer Regierungszeit hinter sich – und leider viel Zeit verloren. Zur Halbzeit stellen wir fest, dass sich die Große Koalition ein paar Eigentore geschossen hat: mit Mindestlohn, Rente mit 63, Maut und vielen anderen Themen. Das sind Themen für eine Politik in ruhigen Tagen. Krise hin oder her – der BDI entlässt diese Regierung nicht aus ihrer wirtschaftspolitischen Verantwortung. Die Bundesregierung hat im Bundestag eine Mega-Mehrheit, kann sich auf 80 Prozent der Abgeordneten des Bundestags stützen. Sie entwickelt daraus zu wenig Gestaltungskraft.

Wir erwarten von der Bundesregierung eine Politik für mehr öffentliche und private Investitionen. Die Investitionsoffensive muss in die Gänge kommen, um rasch starke Impulse für die Zukunft zu setzen – bei der Energiewende, für die Digitalisierung und für die öffentlichen Investitionen.

Die vom Bundeswirtschaftsministerium versprochene Kostenbremse bei der Energiewende war Wunschdenken. Die EEG-Umlage und die Netzkosten steigen weiter – ein gravierender Wettbewerbsnachteil für die deutschen Unternehmen. Er wird in Zukunft noch dramatischer. Die Politik muss endlich die Kostendynamik durchbrechen. Sie muss Investitionsperspektiven für die Industrie schaffen, statt permanente Unsicherheit zu erzeugen. Die vollständige Entlastung für industrielle Eigenstromerzeugung von der EEG-Umlage muss auch über das Jahr 2017 hinaus erhalten bleiben.

Entlastung erwarten wir uns auch an anderer Stelle: Bei der Reform der Erbschaftssteuer. Wir fordern, dass das Betriebsvermögen eigentü-mer- und familiengeführter Unternehmen von der Erbschaftsteuer entlastet wird. Es geht darum, Unternehmensnachfolgen zu erleichtern, um das Herz unserer Wirtschaft zu bewahren.

Auch bei der Digitalisierung bleiben viele Herausforderungen unbewältigt. Der digitale Strukturwandel kommt – schnell und notfalls ohne uns. Deshalb muss der einheitliche digitale Binnenmarkt in Europa kommen – so schnell wie möglich. Und wir brauchen Breitband für alle. Der Erfolg von Industrie 4.0, vernetzten Medizindiensten und intelligenter Mobilität hängt an schnellen, zuverlässigen Netzen. Das Ziel der Bundesregierung, 2018 eine deutschlandweite Versorgung

mit 50 Megabit pro Sekunde zu erreichen, reicht nicht aus. Und selbst dafür brauchen wir mehr Tempo bei der Regulierung.

Seite
7 von 7

Soweit unsere Einschätzungen in aller Kürze. Eine detaillierte Status Quo-Beschreibung mit Handlungsempfehlungen für die zweite Halbzeit der Großen Koalition finden Sie in unserer „Halbzeitbilanz“ in Ihren Unterlagen. Zwei weitere Jahre bleiben dieser Koalition noch für kraftvolle wirtschaftspolitische Akzente. An der Zukunftssicherung für das Industrieland Deutschland arbeiten wir gerne mit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.